



Antrag

der Fraktionen der CDU und FDP

EntschlieÙung zu BSE

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht mit großer Sorge die aktuellen BSE-Vorfälle, insbesondere in Schleswig-Holstein. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass der Verbraucherschutz Vorrang vor anderen Interessen haben muss. Das liegt gerade auch im Interesse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, die das Vertrauen in ihre Produkte zurückgewinnen muss.

Unabhängig davon, ob weitere BSE-Fälle in unserem Bundesland entdeckt werden, sind

- von der Landesregierung
- von der Bundesregierung
- und von der Europäischen Union

alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern größtmöglichen Schutz vor den Risiken zu gewähren und sie umfassend und sachgerecht über mögliche Folgen und Auswirkungen aufzuklären.

Der Landtag erwartet von allen Beteiligten jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich

- eine lückenlose Untersuchung aller geschlachteten Rinder auf BSE-Erreger ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt,
- die Ausweitung der Produktinformation (Herkunftsinformation) für die Verbraucher bei verarbeiteten Fleischwaren,
- nach der Herausnahme des Tiermehls aus der Nahrungskette in der gesamten Europäischen Union, die Erarbeitung von praktikablen Vorschlägen zur Entsorgung von Tiermehl einschließlich der energetischen Verwertung,

- die Auflage eines Forschungsprojektes zur Früherkennung von BSE sowie der Ansteckungswege,
- eine weitgehende Koordinierung der BSE-Forschung in Europa, auch unter einer verstärkten Kostenbeteiligung der Europäischen Union,
- eine verstärkte medizinische Forschung zur Behandlung und Früherkennung aller Varianten der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit,
- die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für betroffene Landwirte, soweit entstandene Schäden nicht über den Tierseuchenfonds abgedeckt sind.

Die EU, der Bund und das Land werden aufgefordert, die Landwirtschaft mit den aktuellen Problemen nicht allein zu lassen. Die finanziellen Auswirkungen der notwendig gewordenen Maßnahmen sind unbürokratisch und schnell in der gesamten EU abzufedern. Notfalls muss die Landesregierung Vorleistungen erbringen.

Martin Kayenburg

und Fraktion

Peter Jensen-Nissen

**Dr. Christel Happach-Kasan
und Fraktion**